

Lichtenstein-Gaßnberger Tageblatt

Wochen- und Nachrichtenblatt

früher

zgleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlitz, Bernsdorf, Küsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Rüssel.

Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

53. Jahrgang.

Nr. 26.

Herausgegeben
Nr. 7.

Sonntag, den 1. Februar

Telegrammadress:

Tageblatt.

1903.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonne und Festtagen) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 M. 25 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 6, alle Postanstalten, Postboten, sowie die Aussträger entgegen. — Anserate werden die flinsgepaltene Korpusseite über deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Anserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. — Am „Amtlichen Teil“ wird die zweispalitne Seite über deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Alle auswärtige Anserente folgt die aufgespaltene Seite 15 Pfennige. —

Bekanntmachung.

Am 2. Februar ist der erste Termin der staatlichen Grundsteuer für das Jahr 1903 fällig. Wir fordern alle zu dieser Steuer Beitragspflichtigen hiermit auf, dieselbe längstens bis

zum 14. Februar dss. Jrs.

an die hiesige Stadtresse gegen besonders zu erteilende Quittung zu bezahlen. Lichtenstein, am 31. Januar 1903.

Der Stadtrat.

Steckner,
Bürgermeister.

Der Preis des Rotes

ist von 1 M. 20 Pf. auf 1 M. 10 Pf. für den hl herabgesetzt worden. Die Preiserhöhung tritt mit dem 1. Februar dss. Jrs. in Kraft.

Verkaufszeit für Koks und Teer: von 7—12 Uhr vorm. und

1—6 nachm.

Die Verwaltung der städtischen Gasanstalt.

Kunz.

Städtische Sparkasse Lichtenstein.

Sparkassen werden an allen Wochentagen angenommen und zu rückgezahlt.

E x p e d i t i o n s t u n d e n :

vormittag 8—12 Uhr, nachmittag 2—4 Uhr.

Alle am 1., 2. und 3. eines jeden Monats beschriftete Einlagen werden auf den vollen Monat der Einzahlung verzinst.

Bekanntmachung.

Am 1. Februar dieses Jahres wird der 1. Termin der diesjährigen Staatsgrundsteuer nach 2 Pf. von jeder Steuereinheit fällig.

Dieselbe ist gesetzlicher Bestimmung gemäß binnen 14 Tagen und längstens bis zum 15. Februar 1903 zur Vermeidung des vorgeschriebenen Vertriebungsverfahrens an unsere Steuereinnahme abzuführen.

Gaßnberg, am 31. Januar 1903.

Der Bürgermeister.
Prahl.

Bekanntmachung.

Die Übersendung der Kriegsbeordnerungen (auf gelbem Papier) und der Bahnnotizen (auf weißem Papier) erfolgt in der Zeit vom 1.—15. März und zwar

in Glauchau:

Durch Austragung von Mannschaften und Hilfsmannschaften des Bezirks-Kommandos.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

nh. Berlin, 30. Januar 1903.

(Nachdruck verboten)

Die ganze heutige Beratung wurde durch die Besprechung der Poleninterpellation ausgefüllt. Eingeleitet wurde sie durch den polnischen Abgeordneten Dr. Dziembowski-Poniat, der mit echt polnischer Lebendigkeit die Beschwerden seiner Landsleute vorbrachte und dabei eine große Menge von Anekdoten und Anekdoten als Beweis für die Stichhaltigkeit seiner Beschwerde zum besten gab. Immer wieder wurde die Frage erörtert, ob die Polenfrage in die Kompetenz des Reichstages gehöre oder lediglich Sache des preußischen Abgeordnetenhauses sei. Letztere Ansicht vertrat der Staatssekretär Graf Posadowsky, der es deshalb auch ablehnte, auf die Einzelheiten der Interpellation näher einzugehen. Nach seiner Meinung gehörten nur die Beschwerden über die Vorkontierung polnischen Gewerbetreibender durch die Militärbehörden vor den Reichstag, deren Beantwortung der preußische Kriegsminister übernahm. Er entledigte sich seiner Aufgabe mit militärischer Schnappheit, indem er die in den östlichen Provinzen getroffenen Maßnahmen als gerechtfertigt vom allgemeinen militärischen Standpunkt aus verteidigte und so auf die Wehrordnung berief. Aber er fand nur wenig Unterstützung; nur der Nationalliberalen Großmann und der Reichsparteier Tiedemann billigten zufriedenlos das Vorgehen der Regierung gegen die Polen. Die Hauptpunkte der Verhandlung waren das Thorner Urteil und der Fall Löhring, bei denen



versteigert werden.

Fürstl. Schönb. Forstverwaltung Oberwaldenburg.

alle Redner mit breitestem Ausführlichkeit verweilten. Besonders die Abgeordneten Roeden (S.) und Lenzmann (frz. Vp.) ließen es sich angelegen sein, alle Fehler, die in den beiden oben erwähnten Fällen gemacht worden waren, ars Licht zu ziehen und aufs schärfste zu geißeln. Viel ruhiger sprach der Polenfürst von Radziwill, der sich möglichst objektiv zu stellen suchte. Nur als er von den „mit Füßen getretenen“ Rechten seines Volkes sprach, zitterte seine Stimme wie in mühsam verhaltenem Schmerz und Groll. Man mag über die Polenfrage denken wie man will, das würdevolle Auftreten des greisen Vertreters der Polen im Reichstage hat wohl seinen tiefen Eindruck auf Niemand verfehlt. Alle die strengen Maßregeln, die die preußische Regierung gegen das Polentum ergriffen hat, wären nicht nötig gewesen, hätten sich alle Polen stets so manhaft in Denken und Handeln gezeigt wie heute Fürst Radziwill. Aber nach dem bisherigen Vorgehen, besonders der polnischen Presse und polnischen Geistlichkeit, erscheinen sie nur zu gerechtfertigt.

Abgesehen von den vielen Anekdoten, die, wie oben gesagt, Dziembowski vortrug, brachte die heutige Sitzung wenig Interessantes und Neues. Immer die alten Klagen über Chilianerungen von Seiten der Behörden, krasse Formalismus usw. bemerkenswert war es, daß der Abgeordnete von Tielemann es mit großem Geschick verstand, den Spieß umzukehren und seinerseits Klage zu erheben gegen das Vorgehen der Polen, das jedem Deutschtendenken und -führenden empören müsse. Lenzmann, der gewiegte Jurist, hielt die Gelegenheit für günstig, sein Licht leuchten zu lassen und Herrn Großmann, dem